

WNKUWG fordert Friedhofskonzept

Die Fraktion stellt einen Antrag für den Ausschuss für Umwelt und Bau. Anlass sind Veränderungen in der Bestattungskultur mit negativen Folgen. *BM 03.01.18*

WERMELSKIRCHEN (pd) Ein Handlungsprogramm Friedhöfe, unter anderem für den Stadtfriedhof und den Waldfriedhof Eickerberg, regt die WNKUWG an. Die Fraktion stellt für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Bau einen Antrag: Das Fachamt der Stadt Wermelskirchen solle ein Konzept darüber erstellen, wie „die Friedhöfe in Zukunft nachhaltig, optisch ansprechend und wirtschaftlich betrieben werden können“.

Die Fraktion nimmt aktuelle Entwicklungen in der Friedhofskultur zum Anlass, das Thema in den Fokus zu nehmen: Zwar lade der Stadtfriedhof Wermelskirchen mit

seinem alten Baumbestand und parkähnlichen Charakter – in Gedanken an die Verstorbenen – zum Verweilen ein. Aber während es in den 1970er und 1980er Jahren kaum freie Belegungskapazitäten gab, ergeben sich durch den Wandel der Bestattungskultur – weg von Reihengräbern hin zur Urne – häufig große und freie Flächen, „die aufwendig von den wenigen verbliebenen Friedhofsmitarbeitern gepflegt werden müssen“, so die WNKUWG.

Der Waldfriedhof Eickerberg hingegen sei aktuell für Besucher nicht attraktiv. Es gebe nur wenige neue Belegungen, aber viele stark verwahrloste Gräber – im Gegensatz

zum Stadtfriedhof. Durch die terrassenartige Anordnung erwecke er einen eher düsteren Eindruck. Häufig falle das Stichwort „Angstraum“, da sich viele Angehörige aufgrund der schlechten Frequentierung kaum noch samstags und sonntags auf den Friedhof trauen, so die WNKUWG. Dies trifft besonders auf die dunkle Jahreszeit und die Abendstunden des Sommers zu.

„Diese beiden exemplarisch genannten Friedhöfe spiegeln das Bild aller städtischen Friedhöfe in Wermelskirchen wider“, schreibt Fraktionsmitglied Stefan Kind. Solche Probleme tauchten aber nicht nur in Wermelskirchen auf, sondern in vielen Städten. Neben Überlegungen von Kommunen fordert auch der Bund Deutscher Bestatter (BDB) neue Ansätze bei der künftigen Ausrichtung der Friedhöfe. „Die Entwicklung der Friedhöfe ist heute schon absehbar, somit bedarf es eines zukunftsweisenden städtischen Konzeptes, wie Friedhöfe zukünftig auszusehen haben. Hier müssen die Überlegungen in alle Richtungen gehen und auf ihre Umsetzbarkeit hin stetig überprüft werden.“

Ziel des Antrags der WNKUWG-Fraktion sei es, Friedhöfe zukunftsfähig aufzustellen und ihnen eine neue Ausrichtung zu geben – in welche müsse aber noch festgelegt werden.



Gepflegte Gräber wie hier auf dem Friedhof an der Berliner Straße sind ein schöner Anblick. Auf anderen Friedhöfen klaffen aber Lücken.

FOTO: HN (ARCHIV)

Bürgertreff ^{WGA} zum Thema ^{08.01.} Straßenbau ²⁰¹⁸

Die Fraktion der WNK UWG hatte am vergangenen Samstag einen Bürgertreff an der Mannesmannstraße organisiert, zu dem neben Bürgern auch Vertreter von BüFo, CDU, Grünen und FDP kamen. Es ging um den Unterhalt von Straßen und die finanzielle Beteiligung von Anliegern. Während Reparaturen von der Kommune getragen werden müssen, müssen sich Anlieger beim Ausbau finanziell beteiligen. Die WNK UWG will nun von der Stadt wissen, warum die finanzielle Beteiligung der Bürger erhöht werden soll. Außerdem stellt die Fraktion die Frage, ob die Stadt durch unterlassene Unterhaltung die Straßen überhaupt erst in den aktuell beklagenswerten Zustand gebracht hat. Außerdem will die Fraktion von der Stadtverwaltung wissen, ob es preiswertere Sanierungsmöglichkeiten und alternative Finanzierungsquellen gibt. kam

Anlieger besorgt über steigende Gebühren

Wann wird welche Straße wie saniert? Und welchen Anteil der Kosten müssen die Anlieger künftig zahlen? Um diese Fragen drehte sich ein Gespräch zwischen Bürgern und Politikern auf der Mannesmannstraße. *BH 10.01.2018*

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Eigentlich sollte es nur ein informelles Treffen sein, bei dem Anlieger der Mannesmannstraße Politikern ihre Meinung zum Thema Straßenausbau und Anliegergebühren darlegen. Aber der von der WNKUWG organisierte Ortstermin entwickelte zu einem Gespräch mit Vertretern fast aller Fraktionen – Büfo, FDP, CDU und Grüne – und mehr Anwohnern als erwartet, wie Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, gegenüber unserer Redaktion berichtete.

Kernpunkte des Gesprächs: Die Bürger haben Sorge, dass sie für Straßensanierungsarbeiten im großen Stil zur Kasse gebeten werden, die eigentlich in dem Umfang und zum geplanten Zeitpunkt nicht notwendig wären, und dass die anfallenden Gebühren einige finanziell überfordern.

Anlass für die Aufregung ist eine Einladung der Stadt zu einer Bürgerversammlung und die Diskussion über die Erhöhung der Anteile, die Anlieger künftig von den Kosten für Straßenbaumaßnahmen tragen sollen. Vier Fragestellungen, auf die Rat und Verwaltung in den nächsten



Viele Anwohner der Mannesmannstraße und Vertreter der Fraktionen kamen zu dem Bürgertreff, den die WNKUWG organisiert hatte.

FOTOS: WNKUWG/PUDELSKI

INFO

Höhere Anteile für die Haushaltssicherung

Anlieger werden an den Kosten von Straßenbaumaßnahmen beteiligt. In Wermelskirchen zahlen sie im Vergleich zu anderen Kommunen geringe Anteile, sagt die Stadtverwaltung. Das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Wermelskirchen sieht eine Anhebung der Anteile um 20 Prozentpunkte vor. Die Fraktionen wünschen aber zunächst mehr Informationen. Nun soll ein Informationsgespräch bei der Verwaltung stattfinden, in dem offene Fragen beantwortet werden.

Klarheit wünsche die Politik auch in der Frage, welche Mindeststandards für eine Straßensanierung angesetzt werden und wie diese rechtlich untermauert seien. Früher wurden die Straßendecken mit einer Maschine in einem Rutsch erneuert, berichtet Rehse. Dann habe die Verwaltung verlautbaren lassen, dass dies nicht nachhaltig sei und ein kompletter Straßenausbau mög-

Wochen Antworten geben sollen, kristallisierten sich während des Treffs heraus, teilt Rehse mit:

▷ Warum soll die anteilige finanzielle Beteiligung der Bürger gegenüber der seit Jahren praktizierten Regelung erhöht werden, ohne dass der Bürger hierfür mehr Service oder bessere Leistungen bekommt? Rhese kündigt bereits nach dem Bürgertreff an: „Mit uns ist die Erhöhung der Anteile, die Anlieger zu zahlen haben, nicht zu machen, wenn die Bürger keinen Mehrwert haben.“

▷ Inwieweit steht die Stadt in Verantwortung und Schuld, dass sie durch unterlassene Unterhaltung die Straßen überhaupt erst in den jetzigen beklagenswerten Zustand gebracht hat?

▷ Gibt es preiswertere Sanierungsmöglichkeiten?

▷ Gibt es analog zu anderen Bundesländern alternative Finanzierungsquellen und -schlüssel für den Straßenausbau?

Die Fahrbahn der Mannesmannstraße weist Schäden auf wie viele andere Straßen. Die Politik fragt jetzt nach dem aktuellen Straßenausbauprogramm der Stadt.



In einem Schreiben an den Bürgermeister bittet die WNKUWG außerdem darum, dass der Politik eine Neufassung des Straßenausbauprogramms zugänglich gemacht wird.

Dies sei 2016 bereits zugesagt worden. „Es ist wichtig, dass die Anlieger frühzeitig erfahren, wann Arbeiten an ihrer Straße geplant sind, damit sie sich auf die Kostenbeteili-

gung einstellen und Geld beiseite legen können“, sagt Rehse. Fünftellige Beträge, die schnell fällig werden, hätten die wenigsten Anlieger auf dem Konto liegen.

lichst in Kombination mit einem Kanalbau zu bevorzugen sei.

Wie viel Geld in Straßensanierungen gesteckt werden, obliege den Kommunen. Die WNKUWG interessiert, nach welchem Schlüssel der Betrag in Wermelskirchen festgelegt und wie hoch der Betrag jährlich für das Gebiet der Stadt Wermelskirchen sei. Und die Fraktion möchte zudem wissen, was in den Jahren 2010 bis 2017 hiervon für welche Unterhaltungsmaßnahmen ausgegeben worden ist.

Im vergangenen Jahr hatte der Stadtrat eine Entscheidung über die anteilmäßige Erhöhung der Anliegergebühren vertagt – die Sätze liegen in Wermelskirchen deutlich niedriger als in anderen Städten, argumentiert die Stadtverwaltung und verweist auf Etat-Zwänge. Ein Informationsgespräch bei der Verwaltung soll jetzt stattfinden. Henning Rehse kündigte jetzt schon an: „Für die Änderung der Satzung wird es keine Mehrheit geben.“

WNKUWG für ^{BM} 20.01. Aufwertung der Bürgerfragestunde

WERMELSKIRCHEN (pd) Bürger sollten in politischen Sitzungen ein besseres Fragerecht erhalten. Dieser Auffassung ist die WNKUWG. Die Fraktion beantragt daher eine Aufwertung der Einwohnerfragestunde durch Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse für die Sitzung des Rates am 19. März. In der geänderten Satzung soll stehen, dass in jeder öffentlichen Ratssitzung nach Abschluss der Behandlung der originären Tagesordnungspunkte eine Einwohnerfragestunde stattfindet: Jeder Einwohner soll nach Aufruf eines Tagesordnungspunktes Fragen an den Bürgermeister oder an Ratsmitglieder stellen können. Die Anfragen müssen sich auf Angelegenheiten der Stadt beziehen. Die Befragten antworten mündlich, sei dies nicht möglich, so kann dem Fragesteller auf schriftliche Beantwortung zugesichert werden. Mit beantragter Änderung der Geschäftsordnung werde das Instrument der Einwohnerfragestunde bürgerfreundlicher und flexibler gestaltet, begründet die WNKUWG ihren Antrag. Nachfragen bei der Stadt Elsdorf hätten ergeben, dass dieses Verfahren praktikabel sei.

Loches Platz: Vertrag ist geheim

WNK UWG-Fraktion will das Papier in der März Sitzung des Rates in Teilen öffentlich diskutieren.

Von Karsten Mittelstädt

Ob der Verkauf des städtischen Grundstücks Loches Platz in der Ratssitzung am kommenden Montag nur noch eine Formalität ist, wie Bürgermeister Rainer Bleek nach der Sitzung des Hauptausschusses am Montag vermutete, dürfte seit gestern Nachmittag infrage stehen. Die WNK UWG-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt „Verkauf des Loches Platzes“ von der Tagesordnung zu nehmen.

Im nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses ging es um den Verkauf des städtischen Grundstücks an den Investor, die Volksbank Rhein/Lahn. Die Mitglieder des Hauptausschusses hätten das Vertragswerk und damit den geplanten Verkauf dem Rat einmütig zur Annahme empfohlen, erklärte Bleek auf Nachfrage. „Die Eckpunkte des Kaufvertrages stehen“, sagte Bleek auf Anfrage. Es seien bis kommenden Montag lediglich noch einige Details abzuklären. Der Kaufvertrag sei unter juristischer Begleitung von beiden Seiten ausgearbeitet worden – und Bleek geht von der Zustimmung des Rates aus.

Gestern Nachmittag schickte die WNK UWG-Fraktion je-



Der Kaufvertrag mit dem Investor soll Montag im Rat beschlossen werden. Die Bebauung des Loches Platzes ist für den Herbst geplant.

Foto: Mittelstädt

doch eine E-Mail an die Stadtverwaltung und die Kommunalaufsicht. Darin wird gefordert, zumindest Teile des Vertragswerkes in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

In der Hauptausschusssitzung hätten mehrere Fraktionen nach dem genauen Wortlaut des Vertragstextes gefragt. Darauf habe die Verwaltung geantwortet, der Investor verlange Geheimhaltung – und die sei bei über 50 Ratsmitgliedern nicht zu garantieren. Deshalb solle dem Vertrag, so Fraktionsvorsitzender Hen-

ning Rehse, zugestimmt werden, ohne ihn zu kennen. Er hält diese Vorgehensweise für nicht von der Gemeindeordnung abgedeckt. Rehse geht davon aus, dass den Ratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben werden muss, das Vertragswerk in seiner endgültigen Fassung zu lesen, bevor der Beschluss gefasst wird. Die WNK UWG beantragt deshalb, den Punkt von der Tagesordnung der Ratssitzung abzusetzen, weil die Unterlagen bis Montag nicht mehr fristgerecht zugestellt werden kön-

nen. Seine Fraktion habe größte Zweifel, teilt Rehse mit, dass der gesamte Vertrag nichtöffentlich behandelt werden muss. „Bei Punkten wie der Stellplatzbilanz, der Zukunft der Kirmes und des Wochenmarktes, der Sicherstellung des Lebensmittelangebots während der Bauphase etc. steht das öffentliche Interesse unzweifelhaft über dem Geheimhaltungswunsch des Investors“, schreibt Rehse.

Bleek ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden

Deshalb stellt die WNK UWG-Fraktion zur übernächsten Ratssitzung am 19. März den Antrag, den Tagesordnungspunkt sowohl im öffentlichen Teil als auch im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren.

Die Verwaltung prüft nach Aussage von Bleek die Forderungen, bevor sie Stellung nehmen will. Sollte die WNK UWG Erfolg haben, könnte das die Pläne verzögern. Baubeginn soll im Herbst nach der Kirmes sein. Einen Kaufpreis nannte Bleek nicht. Er sei aber zufrieden mit dem Ergebnis. „Man kann immer mehr fordern, aber wir konnten unsere preislichen Vorstellungen durchsetzen“, sagte Bleek nach der Sitzung.

Vertrag über Loches-Platz kurz vor Abschluss

Aber in der Politik gibt es Kritik: WNKUWG und FDP enthielten sich in der HuF-Sitzung. 04. 24. 01

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Nach der großen Kirmes sollen die Bagger für die Umgestaltung des Loches-Platzes anrollen. „Der Kaufvertrag steht kurz vor der Unterschrift. Das Projekt ist im Zeitplan“, sagt Thomas Marner, Technischer Beigeordneter, auf Nachfrage unserer Redaktion. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Haupt- und Finanzausschusses (HuF) hat eine Mehrheit aus CDU, SPD, Grünen und Büfo nach Informationen der Redaktion für den Verkauf gestimmt, WNKUWG und FDP enthielten sich.

Wie berichtet, verkauft die Stadt Wermelskirchen das Grundstück an die Volksbank Rhein-Lahn-Limburg. Diese plant eine Neubauung. In dem Gebäude werden ein Edeka-Markt und ein Discounter die Ankermieter sein. Der Vertrag mit dem Vollsortimenter ist unterschrieben, jener mit dem Discounter steht kurz vor Abschluss.

Die Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse (WNKUWG) und Jürgen Manderla (FDP) zeigen sich mit

dem Vorgehen nicht einverstanden. Die WNKUWG beantragt daher, den Punkt Verkauf Loches-Platz von der Tagesordnung der Ratssitzung am Montag zu nehmen. In einem gestern versandten Schreiben an

Bürgermeister Rainer Bleek wird Rehse deutlich: „In der gestrigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses führte die Verwaltung auf Befragen mehrerer Fraktionen nach dem Text des Kaufvertrages folgendes aus: ‚Der Investor verlangt nach Geheimhaltung und bei über 50 Ratsmitgliedern könne man die eben nicht garantieren und deshalb müssten wir, ohne den Vertrag zu kennen, den selbigen beschließen.‘

Er halte diese Vorgehensweise für nicht von der Gemeindeordnung gedeckt: „Den Ratsmitgliedern ist die Möglichkeit zu geben, das Ver-



Politik soll mehr eingebunden werden, sagen Henning Rehse und Jürgen Manderla. BM-FOTOS: PRIVAT/HDO



tragswerk in Gänze und in seiner endgültigen Fassung vor abschließender Beschlussfassung zu kennen, zu bewerten und letztendlich zu beschließen“, schreibt der Fraktionsvorsitzende.

„Wir möchten dem Bürgermeister keinen Freifahrtschein geben“, begründet Manderla die Enthaltung seiner Fraktion. Dabei handele es sich nicht um ein grundsätzliches Misstrauen, man wünsche aber, dass die Politik mehr eingebunden und rechtzeitig beteiligt werde. Der Kaufpreis sei in Ordnung.

Öffentlich müssten die Punkte des Vertragswerk gemacht werden, die die Öffentlichkeit direkt angehen, so die WNKUWG. „Bei Punkten wie der Stellplatzbilanz, der Zukunft der Kirmes und des Wochenmarktes, der Sicherstellung des Lebens-

mittelangebots während der Bauphase steht das öffentliche Interesse unzweifelhaft über dem Geheimhaltungswunsch des Investors“, schreibt Rehse. Daher beantrage seine Fraktion für die Ratssitzung am 19. März, dass sich der Punkt Verkauf des Loches-Platzes sowohl auf der Tagesordnung der öffentlichen wie auch nichtöffentlichen Sitzung auftaucht.

Nach Auffassung von Thomas Marner sind Details des privatrechtlichen Vertrages nicht Gegenstand politischer Einflussnahme, sondern Sache zwischen Stadt und Investor. „Das ist absolut so üblich.“ Die Eckpunkte des Vertrages seien der Politik aber bekannt.

Wären spätere Erweiterungen des Parkplatzabgebots möglich? „Technisch ist das durchaus möglich“, sagte Thomas Marner. Aber planungsrechtlich müssten die Voraussetzungen dafür erst geschaffen werden. Er gehe aber davon aus, dass der Investor ausreichend Stellplätze für den wichtigen Innenstadt-Versorgungsbereich eingeplant habe.

Arbeitskreis: Wo steht die Stadt 2030?

Wie könnte Wermelskirchen später einmal aussehen? Die Zukunft steht im Fokus.

W6A
27.01.

Von Solveig Pudelski

Wo steht die Stadt im Jahre 2030? Könnte sie junge Familien anlocken und ihnen genügend Kita-Plätze bieten? Wächst Wermelskirchen weiter? In die Glaskugel kann niemand schauen, aber Weichen für Wermelskirchens Zukunft

können frühzeitig gestellt werden. Davon ist Dirk Wartmann überzeugt. Der Politiker, der für die Fraktion WNKUWG im Rat sitzt, ist Vorsitzender des Arbeitskreises (AK) Zukunft.

Er und seine Mitstreiter aus anderen Fraktionen in diesem Gremium arbeiten derzeit an ersten Ansätzen eines Ent-

wicklungskonzepts, das der Politik in diesem Quartal vorgestellt werden soll. Auch Mitarbeiter der Stadt sind in dieser Runde vertreten oder nehmen an den Sitzungen teil.

Projekte wie neue Gewerbegebiete seien wichtige Puzzelsteine, um eine Stadt voranzubringen. Doch um ein großes, ganzes Bild zu erhalten, bedarf es einer Zukunftsvision. Nach Auffassung des Arbeitskreises fehlt die Klammer, wohin die Reise für die Stadt Wermelskirchen gehen soll. Wartmann: „Will man wachsen, will man schrumpfen? Soll Wermelskirchen eine Schlafstadt sein? Wohnen, Gewerbe, Bildung und Verkehr – all diese Felder sollten miteinander verzahnt werden.“ Und dies funktioniere nur, wenn Wermelskirchen seine Rolle definiert hat und der Blick weiter in die Zukunft gerichtet wird – „bis 2030“, nennt Wartmann eine Zeitschiene.

Rat muss entscheiden, ob ein Konzept erstellt werden soll

Der Arbeitskreis habe keine politische Entscheidungsbefugnis, er verstehe sich eher als Ideen- und Impulsgeber. „Wir haben eine Analyse erstellt und dabei Kernthemen aufgegriffen, aber wir sind alle Lai-

en“, betont Wartmann. Um welche Themen es sich dabei handelt, wolle er erst in den politischen Gremien vorstellen.

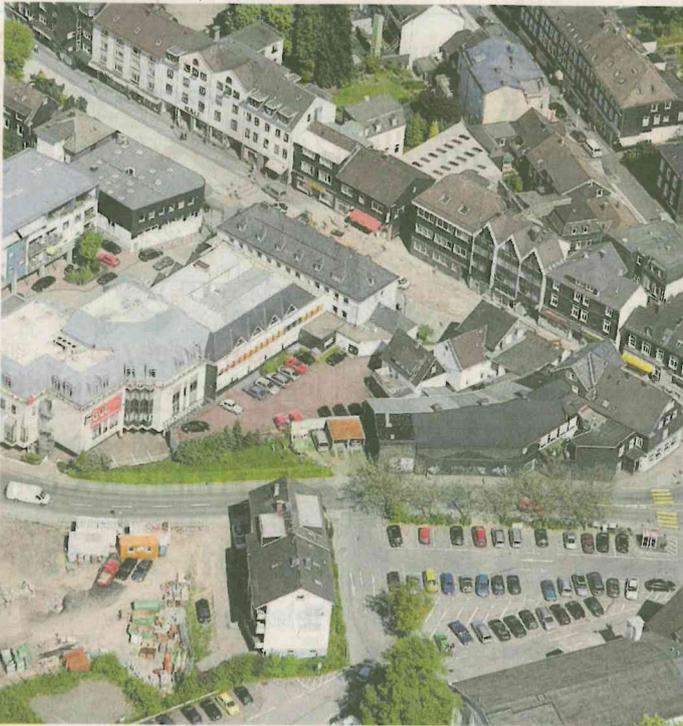
Wermelskirchen soll nicht abgehängt werden

Eine Befürchtung hegen die „Zukunfts-Politiker“: Dass Wermelskirchen im Wettbewerb der Kommunen abgehängt werden könnte, weil man verpasst hat, die entscheidenden Weichen zu stellen.

Weil aber die großen Rheinmetropolen aus allen Nähten platzen, prognostizieren Fachleute Abwanderungen in die nahegelegenen Mittelzentren. Wermelskirchen liegt zwar an der A1, aber reicht die Infrastruktur, um als Kleinstadt attraktiv zu bleiben?, ist eine Frage.

Das interkommunale, integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept, das derzeit diskutiert wird, decke nur einen Teil der Planungsfelder ab, ist Wartmann überzeugt.

Doch wie geht es weiter, wenn das Konzept der Politik vorliegt? Der Rat müsse entscheiden, ob ein Zukunftskonzept durch eine Fachfirma erstellt werden soll und was dieses kosten darf.



Der Stadtkern aus der Luft. Aber wie sieht es in Wermelskirchen in 15 Jahren aus? Luftaufnahme: Herbert Draheim

Loches-Platz-Vertrag - mehr Transparenz wäre wünschenswert ^{BM}_{17.01.}

Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung eines städtebaulich bedeutsamen Projekts soll am Montag in der Ratssitzung vorbereitet werden – die Zustimmung der Politik zum Verkauf des Loches-Platzes – in nicht-öffentlicher Sitzung. Das behagt zwei Ratsfraktionen überhaupt nicht.

WNKUWG und FDP wünschen, dass nichtsensible Vertragsbestandteile im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden. Die Öffentlichkeit habe ein Recht darauf, argumentierte WNKUWG-Vorsitzender Henning Rehse diese Woche. Und die Politik habe ein Recht auf Einblicke in das Vertragswerk, wolle mitreden. Alle datenschutzrechtlich relevanten Passagen des Vertrages könnten ja geschwärzt werden, argumentiert er. Mehr Transparenz wäre wünschenswert. Darf es noch

Die Stadt wünscht den Einzelhandelsstandort am Loches-Platz. Das ist nachvollziehbar. Aber der Bürger muss später mit dem städtebaulich so wichtigen Projekt leben. Zu Recht fordern zwei Fraktionen mehr Einblick.

VON SOLVEIG
PUDELSKI



Abweichungen von den bisherigen Plänen geben? Und wenn ja, wie viel Spielraum hat der Investor? Welche städtebaulichen Auflagen müssen zwingend erfüllt werden?

Es ist nachvollziehbar, dass die beiden Fraktionen das Heft nicht aus der Hand geben möchten. Allein die Parkplatzfrage ist ein heißes Eisen: Bleibt es bei den 190 Plätzen? Kirmes und Wochenmarkt werden von dem Bauvorhaben tangiert. Die Ratsmitglieder, die den Einblick ins Vertragswerk fordern, möchten, dass Fehler vermieden werden, für die sie am Ende die Prügel beziehen würden. Dass eine stärkere Einbindung nicht möglich sein soll, weckt aber nicht die Skepsis aller Fraktionen.

Fakt ist, der Loches-Platz ist eins der letzten, so zentral gelegenen Filialgrundstücke, mit dem die Stadt

als Vertragspartner dem Käufer und Investor selbstbewusst gegenüber treten und im Vertrag die von ihr gewünschten Voraussetzungen für das städtebaulich so wichtige Projekt besiegeln lassen kann.

Der Gegenvorschlag des Vorsitzenden des Betreuungsvereins in Hüniger zur Mensa-Lösung ist vom Tisch. Mit seiner Drohung, die Offenlage der Pläne mit einer Verfügung juristisch zu erzwingen, ist das Tischtuch zwischen ihm und der Stadt endgültig zerschnitten. Weil die Hausmeisterin sich mit der Verwaltung geeinigt hat, bröckelt die Argumentationsbasis gegen die städtische Lösung, einen Umbau im Bestand für die Mensa vorzunehmen, weiter. Große Zweifel gibt es auch an seiner Kostenaufstellung, wonach eine Container-

Lösung auf dem Gelände der Kirchengemeinde preiswerter sein soll. Der Schulgemeinde ist zu wünschen, dass endlich Ruhe einkehrt, weil die entfachte Diskussion dem Schul-Image eher schadet als nutzt.

Investoren entdecken die Mittelzentren. Und Experten sagen Abwanderungstendenzen aus den Metropolen voraus. Wo steht Wermelskirchen? Welches Etikett will sich die Stadt geben? Welche Potenziale hat sie?, fragt der Vorsitzende des Zukunftsausschusses – zu Recht. Die Weichen für Wermelskirchens Zukunft können und werden bereits heute gestellt. Grund genug, mit Weitblick zu schauen, wie nachjustiert werden muss. Man darf gespannt sein, ob die Politik den Ball aufnimmt, den der AK Zukunft in Kürze ins Feld wirft.

Gelbe Säcke werden zum Streitpunkt

WGA 30.01.18

Verpackungsgesetz soll 2020 in Kraft treten. Kommunen können entscheiden, ob sie zur Tonne wechseln.

Von Anja Carolina Siebel

Judith Bosch ist es ernst. Es ist die Sache mit der Nachhaltigkeit, die sie umtreibt. Die sie nicht ruhen lässt. „Wir haben doch alle Kinder in die Welt gesetzt“, sagt sie. „Dann müssen wir auch dafür sorgen, dass diese Kinder es gut haben werden.“ Sie meint das grundsätzlich. Aber sie meint das auch und akut in Bezug auf das Thema Müllentsorgung. Der Vorschlag der Wermelskirchenerin: einheitlich die Gelbe Tonne statt des Gelben Sackes aufstellen. Eine Diskussion, die Judith Bosch im sozialen Netzwerk Facebook anstieß, zeigt: Es gibt einige mehr Wermelskirchener, die diese Meinung vertreten. „Viel hygienischer und vor allem umweltschonender wäre das“, sagt Judith Bosch. Sie mahnt: „Haben Sie schon mal einen Lkw voller Gelber Säcke wegfahren sehen? Wie viel Verpackungsmüll das macht? Unfassbar.“

Die Wermelskirchener könnten schon bald Mitspracherecht bei diesem Thema bekommen. Zumindest kommt sowohl im Rheinischen als



Die Gelben Säcke sind oft nicht reißfest und platzen auf. Das führt zu herumliegendem Unrat und Gestank.

Foto: Roland Keusch

auch im Oberbergischen Kreis Bewegung in die Sache mit dem Gelben Sack: „Im Laufe des Jahres sollen die Kommunen entscheiden, was sie für ihre Bürger wünschen“, sagt Andrea Theuer-Gronenborn von der auch für Wermelskirchen zuständigen „Bergischen Wertstoff-Sammel GmbH“. Möglich macht das das neue Verpackungsgesetz. Kommunen können, vertreten durch den Bergischen Transportverband, in den die Ratsmitglieder gestern Bürgermeister Rainer Bleek entsendeten, dem Dualen Systemen Vorgaben zum Sammelsystem zu machen. In Kraft treten würde das Ganze dann am 1. Januar 2020.

Die Fraktion WNK/UWG griff das Thema bereits auf: In einer Anfrage an den Ausschuss für Umwelt und Bau, der am 6. März wieder tagt, soll das Thema auf die Tagesord-

nung. Die Freien Wähler beantragen die Verwaltung, „eine Umfrage auf der städtischen Homepage und über die Medien und sozialen Netzwerke zu starten, um ein Gefühl dafür zu bekommen, für welche Sammelmöglichkeit – Gelbe Tonne oder Gelber Sack – sich die Mehrheit der Bürger ausspricht.“ Auch solle geprüft werden, ob Gelber Sack und Gelbe Tonne parallel als Sammelsystem eingesetzt werden können, um dem Bürger die individuelle Wahlmöglichkeit zu geben.

Die Gelben Säcke waren schon einmal zum Streitpunkt in Wermelskirchen geworden. Damals, im Jahr 2015, ging es um die Qualität der Säcke. Beim Zusammenziehen würden die Bändchen reißen und die Säcke bekämen Löcher durch die Ecken und Kanten von Wurst- und Käseverpa-

ckungen, hieß es seinerzeit von Bürger-Seite. Nach vielen Beschwerden bestellte die Verwaltung neue Säcke. Die Beschwerden gab es aber weiterhin.

Immer wieder taucht die Frage nach der Tonne auf

Und immer wieder die Frage: „In Remscheid und anderen Städten gibt es die Gelbe Tonne, in Wermelskirchen nicht. Warum?“ „Das wurde gemeinsam vom Oberbergischen und Rheinisch-Bergischen Kreis so beschlossen“, sagte damals Stadtkämmerer Bernd Hibst. Und das sei nicht nur aus finanziellen Gründen passiert. Denn die Nutzung der gelben Tonne sei teurer. „Es gibt aber auch andere Gründe“, sagte Hibst. Bei der Gelben Tonne fehle die soziale Kontrolle. Niemand sieht, was hineingeworfen wird. Das sei beim gelben



Judith Bosch möchte die Gelbe Tonne. Foto: Lichtbildbude

Sack anders. Die Erfahrung zeige, dass die Fehleinwürfe, also Abfälle, die nicht in die Recyclingtonne gehören, bei der Gelben Tonne steigen. Das bestätigt – heute noch – Andrea Theuer-Gronenborn: „Bei einer Tonne fällt der Inhalt in

HINTERGRUND

VERPACKUNGSGESETZ Das neue Verpackungsgesetz wird am 1. Januar 2019 in Kraft treten und die derzeit geltende Verpackungsverordnung ablösen. Die Verpackungsverordnung bildet den derzeit geltenden Rechtsrahmen. Sie behält noch bis zum Inkrafttreten des Gesetzes ihre Gültigkeit. Künftig wird eine zentrale Stelle geschaffen, um die Transparenz in der Lizenzierung zu stärken und die Behörden zu unterstützen.

den Müllschlucker und ist drin im Müllwagen.“

Das Thema nimmt wieder Fahrt auf. Und kommt sicher auf die Tagesordnung in den Gremien. „Es wäre absolut wünschenswert“, sagt Judith Bosch.

» Standpunkt

Entscheidungsfreiheit ist gut

Von Anja Carolina Siebel

Es ist immer gut, selbst entscheiden zu können. Das ist in den großen Fragen des Lebens so. Das ist aber auch bei kommunalen Themen wie der Müllentsorgung so. Zudem kann auch die sich irgendwann zu einer großen Sache entwickeln. Dann nämlich, wenn wir im Verpackungsmüll ersticken. Judith Bosch hat recht, wenn sie hinterfragt, warum denn überall der Verpackungsmüll minimiert werde, Plastiktüten abgeschafft würden, andererseits aber die Gelben Säcke weiter existieren. Eine Familie produziert im Monat mehrere dieser Säcke mit Verpackungsmüll. Wäre es nicht sinnvoller, diesen in Tonnen zu entsorgen? Die dann freilich auch

an die Straße gezogen und nach Gebrauch gereinigt werden müssten. Aber wäre das nicht umweltschonender? Fragen, die die Verwaltung nicht für sich allein beantworten sollte. Der Vorschlag der WNK/UWG, mit dem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen, möglicherweise eine Umfrage zu starten, was denn gewünscht sei, ist deshalb sinnvoll und wichtig. Denn auch oder gerade die Bürger sollten bei diesem Thema Mitsprache haben.

» Gelbe Säcke ...



anja.siebel
@rga-online.de

Rat gibt grünes Licht für Vertrag über Loches-Platz

BH 31.01

Antrag der WNKUWG, wesentliche Punkte öffentlich zu behandeln, lehnte Mehrheit in der Sitzung ab.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Mit klarer Mehrheit von 32 Stimmen lehnte der Stadtrat in seiner Sitzung am Montag den Antrag der WNKUWG ab, den Tagesordnungspunkt „Verkauf des Loches-Platzes“ auch in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse hatte zu Beginn der Sitzung ange-regt, die stadtplanerischen Elemente öffentlich zu diskutieren – und er forderte eine namentliche Abstimmung über den Antrag. Es werde nichts unter der Decke gehalten, verteidigte SPD-Fraktionsvorsitzen-der Jochen Bilstein die Linie, dem Bürgermeister freie Hand beim Ver-tragsabschluss zu geben. Der Pro-zess und das Ergebnis seien durch-aus transparent. Die wesentlichen Punkte entsprächen der Vorgaben der Politik. Hingegen hatte auch die FDP gefordert, dass die Politik mehr eingebunden und beteiligt werde.

Auch wenn der Versuch, über die politische Schiene mehr Öffentlich-keit beim Thema Loches-Platz zu erreichen, scheiterte, lässt die WNKUWG nicht locker. Gestern for-derte Rehse den Bürgermeister in

einer E-Mail auf, die Beschlüsse zu dem Thema zu überprüfen und zu beanstanden. In Kopie setzte er die Kommunalaufsicht des Rheinisch-Bergischen Kreises. Sein Argument: Der Antrag seiner Fraktion beziehe sich auf Gesichtspunkte, die keiner-lei Schutzes einer Nicht-Öffentlich-keit bedürfen. Dazu zählt die WNKUWG zu einem die allgemeine „Ermächtigung des Bürgermeisters – ohne Nennung von Inhalten – die endgültige Fassung des Vertrages auf Grundlage der in dieser Vorlage dargestellten Eckpunkte mit dem Investor auszuhandeln und abzu-schließen“. Zum anderen jene Eck-punkte, die zwar in Sitzungen berate-n, aber nur zur Kenntnis genom-men wurden: Anzahl der zu erstel-lenden Stellplätze, Sicherstellung des grundsätzlichen Platzangebotes für die Durchführung der Kirmes und organisatorische Details zur Durchführung von Kirmes und Wo-chenmarkt sowie die Sicherstellung der Lebensmittelnahversorgung in der Innenstadt während der Bau-phase. Diese Punkte seien von ho-hem öffentlichen Interesse in der Diskussion rundum das Bauvorha-ben, so die WNKUWG.